

Die Hoffnung der Opfer auf Wiedergutmachung

Er hat viele Hoffnungen geweckt – der fünfte Kongress für Nationale Versöhnung, der von der katholischen Kirche in Kolumbien organisiert worden ist. Zu Recht? Eine Einschätzung von Thomas Jung, Fachperson der Bethlehem Mission Immensee und Kongressteilnehmer.

Text: Thomas Jung__Foto: Christian Escobar Mora / Keystone

Breit abgestützte Friedensinitiative_«Ihre Würde, ihre Hoffnung, ihr Ort – umfassende Wiedergutmachung und Rückerstattung der Ländereien»: So lautete der Titel des Kongresses, zu dem die kolumbianische Bischofskonferenz und das Nationalsekretariat der Sozialpastoral vom 10. bis 12. August nach Bogotá eingeladen hatten. Er sollte den Freiraum schaffen, um eines der dringendsten Probleme der kolumbianischen Gesellschaft zu diskutieren. Die katholische Kirche wollte den günstigen Moment nutzen, das erst zwei Monate vorher im Parlament verabschiedete Opferhilfegesetz breit zu diskutieren. Insbesondere auch mit Organisationen der kolumbianischen Zivilgesellschaft – darunter vor allem mit den Gruppen jener Betroffenen, die Opfer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien geworden sind. Die Opfer der Barbarei dieses Krieges sollten bei dieser Gelegenheit zu Wort kommen und die pastoralen Herausforderungen beim Namen genannt werden.

Neben den kirchlichen Vertretern waren auch eine Vielzahl von hochkarätigen Persönlichkeiten der Vereinten Nationen und des kolumbianischen Parlaments, der Direktor der Landreformbehörde, der Landwirtschaftsminister, Menschenrechtler und Repräsentanten der Kirche geladen, um ihre Einschätzungen zum neuen Gesetz vorzustellen. Während die Frauen auf dem Podium leider so gut wie nicht präsent waren, stellten sie bei den Kongressteilnehmenden und Organisationen der Opfer die Mehrheit.

Nüchternheit und Skepsis_Ich habe als Mitarbeiter und Vertreter der sozialpastoralen Arbeit im Südwesten Kolumbiens am Kongress teilgenommen und konnte so hautnah die Reden, Zeugnisse und Diskussionen mitverfolgen. Zunächst überraschte es, wie nüchtern die

zirka vierhundert Teilnehmenden das Gesetz beurteilten. In den letzten Jahrzehnten hat es schon sehr viele Friedensinitiativen in Kolumbien gegeben, die aber im seltensten Fall zu wirklich «friedlichen» Ergebnissen geführt haben. Es stellen und stellten sich immer wieder Fragen wie: Ist der politische Wille der beteiligten Konfliktparteien tatsächlich gegeben? Worum geht es bei den nationalen und internationalen Wirtschaftsinteressen? Ist genügend institutionelle Kompetenz vorhanden, das Beschlossene auch wirklich umzusetzen? Wie oft endeten die Anstrengungen zuletzt in noch mehr Gewalt, Toten und gewaltsamen Vertreibungen. Die Wirklichkeit Kolumbiens ist eben mehr als komplex.

Opferhilfegesetz als Chance_In einem positiven Befund stimmten jedenfalls alle überein: Das neue Opferhilfegesetz anerkennt, dass aufgrund des internen kolumbianischen Konfliktes Tausende Personen und Gemeinschaften Schäden erlitten haben und – es sieht die Rückerstattung der verlorenen Ländereien vor. Dass dies in Kolumbien eine neue Sprache darstellt und unbedingt als Fortschritt zu werten ist, darin stimmte man am Kongress überein. Bei den Opfern herrschte dementsprechend Hoffnung auf Wiedergutmachung. Aber gleichzeitig auch sehr viel Skepsis und Angst.

Viele Fragen bleiben indes offen. Das Gesetz sieht vor, dass nur die Verbrechen bearbeitet werden, die nach dem Jahr 1985 begangen wurden. Was geschieht aber mit den früheren? Ein zentraler Punkt, bedenkt man,

» *Auch wenn «man» uns und dem Ausland glauben machen möchte, Kolumbien lebe in einer Phase des «Nachkonflikts», wissen wir aus unserem täglichen Leben und Arbeiten, dass dies absolut unzutreffend ist.*

wie lange die Gewaltauseinandersetzungen in Kolumbien schon andauern. Und wie steht es um den Erfolg dieses Gesetzes, wenn die weiterhin existierenden paramilitärischen Strukturen, die dem Problem zugrunde liegen, nicht aufgelöst werden? Warum anerkennt der kolumbianische Staat nicht *ausdrücklich* seine Mitverantwortung für die begangenen Verbrechen der letzten Jahrzehnte? Warum denkt das Gesetz nicht auch an eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Geschichte? Und warum sagt es nichts in Bezug auf die Bestrafung der Täter, der Hintermänner wie der Vollstrecker der Verbrechen? Oder wird in Kolumbien einmal mehr die Straflosigkeit begünstigt?



Landbevölkerung in Kolumbien sammelt sich zu einem Protestmarsch.

Und schliesslich: Wie kann institutionell die Sicherheit der Personen und Familien, die als Opfer unter das neue Gesetz fallen, gewährleistet werden? Insbesondere dann, wenn die Interessen derjenigen auf dem Spiel stehen, die die tatsächliche Macht in Kolumbien ausüben? Denn – das nationale und internationale Interesse an kolumbianischem Boden nimmt ständig zu. Es geht um Biotreibstoffe (riesige Anbaugelände von Ölpalmen etc.), Kokaanbau und den Abbau von Bodenschätzen, der von einem neuen Gesetz begünstigt, und deshalb weiter verstärkt wird. Um diese Zentren und deren finanzielle Nutzung bewegen sich alle bewaffneten, sowohl legalen als auch illegalen Gruppen Kolumbiens, mit den damit verbundenen Drohungen, Morden, gewaltsamen Vertreibungen und Streuung von Landminen.

Herausgeforderte Pastorale Eine grosse, auch pastorale Herausforderung wird deshalb darin bestehen, die wirklichen Probleme dieses Landes benennen zu können. Auch wenn «man» uns und dem Ausland glauben lassen möchte, Kolumbien lebe in einer Phase des «Nach-Konfliktes», wissen wir aus unserem täglichen Leben und Arbeiten – davon kann ich im Südwesten ein Lied singen – dass dies absolut unzutreffend ist. Das internationale Kapital und die Freihandelsabkommen sollen mit dieser irreführenden Werbung angezogen werden. Gleichzeitig werden die internationalen Büros für Menschenrechte abgezogen. Tatsache ist aber, dass die Para-

militärs und Guerillagruppen nicht weniger werden, sondern so stark sind wie eh und je.

Die Stimme der Kirche Am Kongress sahen wir es als *die grosse* Aufgabe der Kirche an, bei der praktischen Umsetzung des neuen Gesetzes eine breite Beteiligung und Mitbestimmung der kolumbianischen Bevölkerung – und hier besonders der Opfer – zu ermöglichen. Es geht darum, dass die Kirche – ihre vielen Mitglieder und auch ihre Hierarchie – stärker als bisher an den Problemen des Landes teilnehmen. Sie darf sich nicht durch Stillschweigen und zweideutiges Verhalten mitschuldig machen, sondern soll eine prophetischere Rolle einnehmen, vertrauensbildende Massnahmen zwischen den Konfliktparteien fördern und die Option für die Opfer ernst nehmen. Dazu ist es notwendig, dass sich die Gemeinden, begleitet von der Kirche, organisieren, vernetzen und dass das neue Gesetz bekannt gemacht wird. Es kann seine Wirkung nur dann entfalten, wenn die Betroffenen um ihre Rechte wissen und sie diese bzw. die Wiedergutmachung kollektiv einklagen können. Darin liegt die Gunst der Stunde – und das hat mit Hoffnung und Würde für die Opfer zu tun! ■

Der Theologe Thomas Jung lebt und arbeitet seit vielen Jahren als Fachperson der Bethlehem Mission Immensee in der Diözese Pasto, im Südwesten Kolumbiens.